

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.02.2022

Inhalt

EWN

1 | **Brüssel stuft Atomkraft und Gas als grün ein**

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2022 3

Brüssel stuft Atomkraft und Gas als grün ein

EU-Kommission hält trotz heftiger Kritik an ihrem Taxonomie-Vorschlag fest

hmk. BRÜSSEL. Die Europäische Kommission hält an der Einstufung von Kernkraft und Gas als nachhaltiger Investition fest. Angesichts der grundlegend verschiedenen Positionen habe sie einen ausgeglichenen Vorschlag vorgelegt, sagte die irische Finanzkommissarin Mairead McGuinness bei der Vorstellung des endgültigen Vorschlags zur Taxonomie am Mittwoch. "Der Kompromiss ist vielleicht nicht perfekt, bringt uns aber unseren Klimazielen näher", sagte sie. Ein großer Teil Europas hänge weiter an der Kohle. Gas und Kernkraft spielten bei der Umstellung eine wichtige Rolle.

Den Vorwurf des Etikettenschwindels wies die Kommissarin zurück. Atomkraft und Gas würden für die Investoren klar erkennbar als Übergangstechnik eingestuft und müssten strikte Vorgaben erfüllen. Außerdem handele es sich um ein reines Finanzinstrument, das niemand nutzen müsse. Die Taxonomie schafft eine Art Ökolabel für Investitionen. Die EU-Kommission will damit vor allem sicherstellen, dass Ökofonds keine Produkte als grün verkaufen, die das nicht sind.

Die EU-Kommission hatte zum Jahreswechsel einen

Entwurf zur Taxonomie vorgelegt, der vor allem in Deutschland auf Kritik stieß. Der endgültige Vorschlag weicht davon dennoch nur in Nuancen ab. Auch innerhalb der Kommission war der Vorschlag umstritten. Der Österreicher Johannes Hahn hatte angekündigt, dagegenzustimmen, wenn sich an der Einstufung der Atomkraft nichts ändere. Neben Hahn stimmten Elisa Ferreira und der spanische Außenbeauftragte Josep Borrell mit Nein.

Die EU-Staaten und das Europaparlament haben nun bis zu sechs Monate Zeit, um über den Vorschlag zu beraten. Da es sich um kein klassisches EU-Gesetz, sondern einen "delegierten Rechtsakt" handelt, können sie den Vorschlag nicht ändern, sondern nur ablehnen. Es müssten zwanzig Staaten dagegenstimmen. Bundesklimaschutzminister Robert Habeck und Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) erklärten, die Bundesregierung werde nun beraten, wie sie mit dem Beschluss der EU-Kommission umgehe. Die österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) kündigte eine Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof an.